



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Weinert
E-mail: dietmar.weinert@wiesbaden.de

Wiesbaden, 14.08.2008

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
am Dienstag, 19. August 2008, um 17:30 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschriften der Sitzungen vom 22.4.2008, 3.6.2008 und 12.6.2008

2. 08-F-25-0093

Planungen Kochbrunnenkolonnaden

- Gemeinsamer Antrag Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 13.8.2008 -

Der Ausschuss Planung, Bau und Verkehr möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten

a) zu berichten

- Wie sich die rechtliche Erbpachtsituation für die Kochbrunnenkolonnaden darstellt,
- welche Pläne es derzeit für den Umbau der Kochbrunnenkolonnaden gibt,
- ob es im Rahmen dieser Pläne bereits offizielle Anfragen an den Magistrat gibt,
- welche Auswirkungen solche Pläne im Falle der Umsetzung, in Bezug auf die unterschiedlichen Verkehrsteilnehmer in der Saalgasse sowie auf dortige die Stellplatzsituation hätten sowie
- seit wann der Kolonnadengang in der Saalgasse als Wegfläche für Fußgänger öffentlich nutzbar ist.

b) vor Erteilung von Veränderungsgenehmigungen bezüglich des Objektes

Kochbrunnenkolonnade den Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr an einer solchen Entscheidung zu beteiligen.

3. 08-F-01-0071

Gerichtsgebäude Moritz- / Oranienstraße

- Antrag der SPD-Fraktion vom 12.8.2008 -

Der Bau an der Mainzer Straße schreitet voran, die Justiz richtet sich auf einen Umzug in das neue Justiz- und Verwaltungszentrum ein. Außer einigen widersprüchlichen Presseveröffentlichungen ist wenig zur Zukunft des Gerichtsstandortes bekannt. Anwohner und Geschäftsleute sind verunsichert, wie es in der Moritzstraße weitergeht.

Ein Vertreter des Landes Hessen (Staatssekretär Dr. Arnold) hat zugesichert, bis zum Sommer 2007 (!) einen Vorschlag für die Zukunft des Areals vorzulegen. Im Planungsausschuss der Landeshauptstadt Wiesbaden ist die Situation in der Moritzstraße mehrfach thematisiert worden. Dabei hat der Magistrat versichert, über die Verhandlungen mit dem Land zu berichten, mit den Anwohnern und Geschäftsleuten Konzepte für die Zukunft zu entwickeln und Lösungen vorzustellen. Von Gesprächen mit der European Business School war seitens des Magistrats offiziell nie die Rede.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

1.

Der Magistrat wird gebeten über den derzeitigen Sachstand zum Gerichtsgelände im Quartier Moritz- / Oranienstraße zu berichten. Dabei soll beantwortet werden:

- wie oft die gemeinsame Arbeitsgruppe zwischen Stadt und Land getagt hat und was in den Verhandlungen thematisiert wurde,
- inwieweit Gespräche mit der European Business-School über einen Umzug in das Gerichtsgebäude geführt wurden und wie sich hier der aktuelle Sachstand darstellt,
- welche Vorstellungen über die Verwertung des Geländes seitens der Hessischen Landesregierung dem Magistrat vorliegen.
- warum keine laufende Berichterstattung an die städtischen Gremien erfolgt ist.

2.

Gleichfalls möge der Magistrat ein Konzept vorlegen, , das sich in eine Gesamtkonzeption für die südliche Innenstadt einfügt und das folgende Anforderungen erfüllt:

- Ergänzung des Altbau-Ensembles durch eine nachhaltige und hochwertige architektonische Lösung,
- eine generelle Aufwertung der Moritzstraße durch die Urbanisierung („Öffnung“) des Neubaus zum Bürgersteig hin,
- eine unterirdische Parkgarage für Anwohner und Nutzer des Areals,
- Im Innenhof eine öffentlich zugängliche Grünfläche mit Brunnen,
- ein Spielplatz, der für mehrere Generationen geeignet ist,
- eine weitere Kindertagesstätte für die südliche Innenstadt,
- ein Generationen übergreifendes Wohnhaus, das für gemeinsames Leben aller Altersgruppen in der Innenstadt steht.

3.

Außerdem möge der Magistrat darlegen, mit welchen Mitteln er einen längeren Leerstand der Gerichtsgebäude und seine negativen Folgen für die südliche Innenstadt verhindern will.

4. **08-F-25-0094**

CarSharing in Wiesbaden

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 10.7.2008 -

Vorbemerkung

Immer mehr Bürger verzichten u. a. aus Kostengründen auf einen eigenen PKW und greifen auf das CarSharing zurück. Aufgrund der gestiegenen Nachfrage hat das CarSharing-Unternehmen book-n-drive einen enormen Zulauf. Problematisch ist es aber, dass diesem Unternehmen nicht über genügend Stellplätze verfügen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten,

1. an welchen Örtlichkeiten bereits wie viele Stellplätze bestehen,
2. an welchen Örtlichkeiten Stellplätze geplant sind,

Darüber hinaus wird der Magistrat gebeten, Kontakt mit den stadtnahen Wohnungsgesellschaften und ESWE Verkehr aufzunehmen, um weitere Stationsstandorte auszuloten.

5. 08-F-25-0092

Überwachung des Schwerlastverkehrs auf der Theodor-Heuss-Brücke
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 12.8.2008 -

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu berichten, welche Erkenntnisse ihm zu folgenden Aspekten vorliegen:
 - a. wie viele Lastkraftwagen über 7,5 Tonnen zulässigem Gesamtgewicht die Theodor-Heuss-Brücke unzulässiger Weise überfahren,
 - b. wie viele dauerhafte Ausnahmegenehmigungen zum Überfahren der Brücke für diese Wagenklasse ausgestellt sind,
 - c. wie viele Einzelgenehmigungen im Laufe der letzten 12 Monate ausgestellt wurden und
 - d. ob in den letzten Jahren eine Zunahme der Überfahrten festzustellen war.
2. durch eine lasergestützte Überwachungsanlage, die darauf programmiert ist, Fahrzeuge über 7,5 Tonnen zu erkennen und die Verstöße zu dokumentieren, den unzulässigen Schwerlastverkehr auf der Brücke zu unterbinden.

6. 08-F-07-0022

Beschluß der Stadtverordnetenversammlung zur Aufstellung von Bebauungsplänen im Innenstadtbereich
- Antrag der Fraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 5.8.2008 -

Der Beschluß Nr. 44 der Stadtverordnetenversammlung vom 06.02.1991 (90/1288-DL 90/073) besagt, daß für den Innenstadtbereich Bebauungspläne aufgestellt werden sollen. Dabei soll der Forderung des Ortsbeirats Mitte nach einer Wohnnutzung von mindestens 33% „soweit wie möglich“ Rechnung getragen werden. Zielsetzungen bei den aufzustellenden Bebauungsplänen sind u. a.: Sicherung der Angebotsvielfalt von Einzelhandel und Dienstleistungen, Sicherung der Wohnnutzung und Steigerung der Wohnqualität, Verhinderung städtebaulich nachteiliger Auswirkungen, Verringerung des motorisierten Individualverkehrs im Kernbereich.

Auf diesem Hintergrund möge der Ausschuß beschließen:

Der Magistrat wird gebeten darzulegen:

1. ob es zutreffend ist, daß dieser Beschluß einen verbindlichen Auftrag für den Magistrat beinhaltet hat, solche Bebauungspläne auszuarbeiten und einen Satzungsbeschluß hierüber herbeizuführen;
2. was seitens des Magistrats bis heute zur Umsetzung des genannten Parlamentsbeschlusses unternommen wurde (mit den entsprechenden Unterlagen);

3. ob es zutreffend ist, daß der genannte Parlamentsbeschluß grundsätzlich dazu berechtigt, für den Innenstadtbereich beispielsweise eine Veränderungssperre zu beschließen (§ 14 BauGB) oder aber ein Zurückstellen von Baugesuchen gem. § 15 BauGB zu veranlassen und zu realisieren;
4. welche Konsequenzen nach Auffassung des Magistrats der genannte Parlamentsbeschluß in formeller und materieller Hinsicht auf die Bauvoranfrage zum Vorhaben „Dernsche Höfe“ hat;
5. ob dieses Bauvorhaben als verträglich mit den oben angeführten Zielsetzungen des genannten Parlamentsbeschlusses angesehen wird.

7. 08-V-52-0012

DL 27/08-3, 26/08-5, ANLAGE

Planungen Platz der deutschen Einheit; Ergebnisse des Architektur- und Städtebauwettbewerbes

- *Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 3.6.2008 (BP0163)* -

8. 08-F-01-0072

Stadtmöblierung - öffentliche Werbeflächen

- Antrag der SPD-Fraktion vom 12.8.2008 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- welche Verträge es derzeit mit Unternehmen gibt, die öffentliche Werbeflächen in Wiesbaden nutzen dürfen und im Gegenzug öffentliche Informationsangebote und Stadtmöblierung gestalten;

- wie lange die Laufzeit dieser Verträge ist;

- ob für künftige Verträge Ausschreibungen vorgesehen sind;

- ob es bereits Ergebnisse der mit Magistratsbeschluss vom 20.5.2008 eingerichteten Arbeitsgruppe zum Thema Stadtmöblierung gibt, bzw. wie der Sachstand der Beratungen ist.

9. 08-F-01-0073

Taxiverkehr in Wiesbaden

- Antrag der SPD-Fraktion vom 12.8.2008 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten eine grundsätzliche Übersicht über den Taxiverkehr in Wiesbaden zu geben. Dazu gehört:

- die Anzahl der Taxi-Konzessionen in Wiesbaden,
- die Überwachung der Konzessionen bzw. die Kontrolle nichtkonzessionierter Fahrer,
- die Anzahl der Wagen und Fahrer auf 100.000 Einwohner - und den Vergleich dieser Zahl mit ähnlichen Städten (Mainz, Frankfurt, Kassel, Darmstadt, München, Düsseldorf).

10. 08-F-01-0074

R+V-Hochhaus am Kureck
- Antrag der SPD-Fraktion vom 12.8.2008 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten, wie er die zukünftige Entwicklung und den zeitlichen Rahmen für die weitere Entwicklung des R+V-Hochhauses am Kureck einschätzt.

11. 08-F-01-0075

Fußgängerzone: Sauberkeit und Grundreinigung
- Antrag der SPD-Fraktion vom 12.8.2008 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten eine Einschätzung darüber abzugeben, ob eine vorgezogene Grundreinigung der bereits neu verlegten Platten in der Fußgängerzone zu einem besseren Erscheinungsbild des häufig verschmutzten und verfleckten Bodenbelags führen würden. Gleichfalls möge der Magistrat berichten, ob eine chemische Nachbehandlung / Versiegelung / Imprägnierung zu weniger dauerhafter Verschmutzung führen würde. Für beide Vorgehensweisen, die sich ja ergänzen könnten, wird auch eine Kostenschätzung erbeten.

12. 08-V-66-0206

DL 31/08-7

Paulinenstraße - Haltestelle für Reisebusse

13. 08-V-61-0002

DL 30/08-6

Vorkaufssatzungen im Bereich des Flugplatzes Erbenheim

14. 08-V-61-0021

DL 32/08-11

Flächennutzungsplanänderung "LindeQuartier" im Ortsbezirk Mainz-Kostheim;
- Änderungs-, Entwurfs- und Offenlagebeschluss -

15. 08-V-61-0022 DL 32/08-12

Bebauungsplan „LindeQuartier“ im Ortsbezirk Mainz-Kostheim; - Aufstellungs- Entwurfs- und Offenlagebeschluss -

16. 08-V-61-0025 DL 32/08-13, ANLAGE

Beschluss über die Aufstellung und Offenlage des Bebauungsplanes „Südlich der Mauritiusstraße“ im Ortsbezirk Mitte in Verbindung mit § 13a BauGB
Beschluss über die Aufhebung und Offenlage des Bebauungsplanes Wiesbaden 1980 / 1
- Beschluss des Ausschusses für Umwelt und Sauberkeit vom 12.8.2008 -

17. 08-V-61-0029 DL 32/08-14

Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Hinterbergstraße" im Ortsbezirk Igstadt;
Satzungsbeschluss

18. 08-V-20-0039 DL 32/08-5

Investitionscontrolling 1. Halbjahr 2008

19. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 08-F-01-0058 ANLAGE

„Blitzsäulen“
- Bericht des Dezernates VII vom 25.7.2008 -

2. 08-F-25-0025 ANLAGE

Verkehrssituation Medienpark „Unter den Eichen“
- Bericht des Dezernates IV vom 15.5.2008 -

3. 08-F-25-0028 ANLAGE

Innovativer und zeitsparender Fahrkartenverkauf im Bus
- Bericht des Dezernates IV vom 12.6.2008 -

- | | | |
|------------|--|-----------------------------|
| 4. | 08-F-25-0071 | ANLAGE |
| | Erweiterung des „Nightliner“-Angebots
<i>- Bericht des Dezernates IV vom 11.7.2008 -</i> | |
| 5. | 08-V-04-0014 | DL 31/08-1 |
| | Investitionszuschuss Steganlage Osthafen Schierstein | |
| 6. | 08-V-04-0015 | DL 33/08-2 |
| | Erweiterungsfläche Kurpark - Dietenmühle | |
| 7. | 08-V-08-0009 | DL 32/08-2 |
| | Martin-Niemöller-Schule - Brandfolgen vom 24.12.2007 und Brandsanierung | |
| 8. | 08-V-20-0003 | DL 14/08-2, ANLAGE |
| | Investitionscontrolling 4. Quartal 2007
<i>- Schreiben des Dezernates V vom 23.6.2008 -</i> | |
| 9. | 08-V-40-0020 | DL 32/08-6 |
| | Wilhelm-Heinrich-von-Riehl-Schule - Genehmigung der Gesamtkosten und Mittelfreigabe | |
| 10. | 08-V-51-0030 | DL 30/08-4 |
| | Bürgerhaus Erbenheim; Sanierung - 1. Bauabschnitt | |
| 11. | 08-V-66-0204 | DL 29/08-3 |
| | Radwegeverbindung im Distrikt "Langfeld" in Wiesbaden-Bierstadt ; Herstellung der Wegeoberfläche | |
| 12. | 08-V-66-0208 | DL 32/08-15, 29/08-4 |
| | Bau einer Lichtsignalanlage an der Einmündung Moltkering / Hans-Bredow-Straße | |

- | | |
|--|--------------------|
| 13. 08-V-66-0211 | DL 29/08-5 |
| Fußgängersicherung; Oberfeld K 663, Wiesbaden-Erbenheim | |
| 14. 08-V-66-0213 | DL 29/08-6 |
| Wandersmannstraße - Ortsgerechte Straßenraumgestaltung BA II | |
| 15. 08-V-66-0218 | DL 31/08-8 |
| Goerdelerstraße - Neubau bis zur Klarenthaler Straße | |
| 16. 08-V-66-0231 | DL 32/08-16 |
| Ersatzbeschaffung von Lichtsignalanlagen im Jahr 2009 | |
| 17. 08-V-66-0304 | DL 32/08-17 |
| Sanierung der Uferböschungen am Rhein- und Mainufer in AKK | |
| 18. 08-V-66-0308 | DL 29/08-7 |
| Trompeterstraße in Wiesbaden-Rambach | |
| 19. 08-V-66-0312 | DL 29/08-8 |
| Erneuerung der Brücke BW-Nr. 195 über den Rambach, Fichtestraße in Wiesbaden | |
| 20. 08-V-66-0319 | DL 30/08-7 |
| Grundinstandsetzung von Feld- und Wirtschaftswegen in Wiesbaden | |
| 21. 08-V-66-0320 | DL 30/08-8 |
| Grundinstandsetzung von Feld- und Wirtschaftswegen in AKK | |
| 22. 08-V-69-0006 | DL 33/08-7 |
| Entwicklung Zollamt und Zollspeicher, Biebrich | |

23. 08-V-69-0007

DL 29/08-9

Wohnungsbauprogramm 2007 Ausführungsvorlage

24. 08-V-80-2316

DL 29/08-11, 26/08-5 , 23/08-2

Richtungsentscheidung Städtische Parkhäuser

25. 08-V-80-2322

DL 31/08-4 NÖ

Verzeichnis der vom 01. Januar 2008 bis 31. März 2008 genehmigten Grundstücksvorlagen

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Kessler
Vorsitzender